

Sprechstunde bei Dr. med. Politicus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **90 (1964)**

Heft 50

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Sprechstunde bei Dr. med. Politicus

Das könnte der Demokratie gefährlich werden

Vor kurzem gab die Berner Regierung, die sich bekanntlich wegen der Jurastürmereien in einer schwierigen Abwehrposition befindet, bekannt, daß sie ein kantonales Informationszentrum zu schaffen gedenke. «Bernisches Amt für Beziehungen zur Öffentlichkeit» wurde es seither getauft. In Zürich wird zurzeit geprüft, ob ein Informationsamt ins Leben zu rufen sei, allerdings nicht, weil die Niederdorer sich von den Hönggern trennen wollen, sondern sonst und einfach so. Das Städtchen Avenches hat ein berühmtes Reklamebüro ersucht, seine Ruinen populär zu machen (man braucht Geld zur Erhaltung und Pflege der historischen Anlagen). Und schließlich wurde kürzlich die Glarner Regierung von zwei Landräten zu einer besonderen Art Informationspolitik eingeladen. Im Postulat wird der Regierungsrat ersucht, «Richtlinien über die Aufgaben und die Funktionen der Presse in der Demokratie im allgemeinen und in unserem Kanton im besonderen aufzustellen ...» Was braut sich da zusammen?

Ueber den letztgenannten Vorstoß mache ich mir wenig Gedanken. Denn, wenn der Hohe Regierungsrat so unvorsichtig sein sollte, den Auftrag anzunehmen, wird es in Pressekreisen höchstens ein mitleidiges Lächeln geben. Man wird die «Richtlinien» da und dort abdrucken, aber man wird ihnen ein PS beifügen, lautend etwa: «Die Redaktion wird von Fall zu Fall prüfen, ob sie sich an diese Richtlinien halten will oder nicht», oder eine Vorbemerkung, lautend etwa: «Da wir in der freien Schweiz leben, gestatten wir uns, die nachfolgend abgedruckten Richtlinien unter der Überschrift «Kurioses aus dem Glarnerland» zu bringen» ...

Die andern Vorstöße sind ernster.

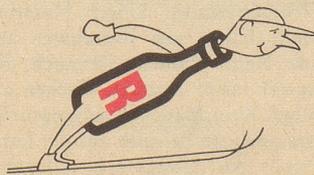
Sie leiten eine Entwicklung ein, die nicht unbedenklich ist. Die Motive sind in Ordnung: Es fehlt da und dort wirklich an gründlicher Information; gründliche Information ist aber Voraussetzung vernünftiger und ausgewogener Urteilsbildung.

Die Frage ist nur: Ist es Sache der Behörden, uns informativ zu betreuen? Reine Information in politischen Dingen gibt es normalerweise nicht. Normalerweise steckt in der Information nicht nur ein Teilchen parteiübergreifender Meinung, sondern normalerweise ist das sogar die eigentliche Absicht der «Information». Das ist in Bern so wie in Avenches und in Avenches wie in Zürich. Neu an den Projekten ist oder wäre höchstens, daß fortan Aemter und Behörden im gleichen Stil wie unsere Zeitungen, Parteien, Verbände, Reklamebüros und Public-relations-Männer in die Arena des Meinungskampfes steigen; sie werden also, um es überspitzt aber dafür deutlich zu sagen, sie werden mit Steuergeldern der Allgemeinheit Ansichten verbreiten, die nicht unbedingt jene der Allgemeinheit sind. Damit erhielten Exekutivbehörden ein Uebergewicht, das ihnen in der Demokratie nicht zukommt.

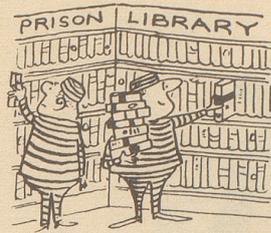
Ich meine: Unsere Stadt- und Kantonsbehörden, und auch unser Bundesrat sollen so freundlich sein, die ihnen aufgebürdeten Pflichten zu erfüllen und sie sollen sich dafür gegenüber dem vom Volke gewählten Parlament rechtfertigen. «Informationszentralen» mit amtlichem Charakter, regierungsrätliche «Richtlinien» für die Presse – ich kann da nur Vorsicht empfehlen. Und wenn einer kommt und meint, dies sei doch ein gar ungerechtes Mißtrauen, so antworte ich: Eine nicht allzu kleine aber auch nicht übertrieben große Portion Mißtrauen gegenüber Schlüsselstellungen der Macht hat der Demokratie noch nie geschadet. Dieses Mißtrauen ist hierzulande sogar eine bewährte Tradition. Ich bekenne mich dazu.

Dr. med. Politicus

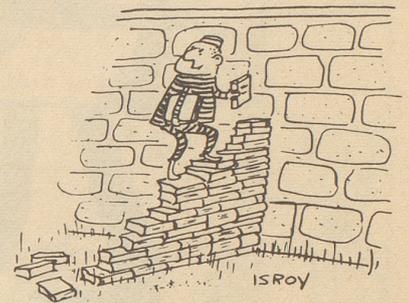
Probieren Sie bei Spiel und Sport
RESANO Traubensaft
Sie spüren mit jedem Schluck
die gute Wirkung.



Bezugsquellen durch Brauerei Uster



Dein Freund — das Buch



Längst fälliger Vorschlag

Vor einem Jahr entdeckte ich schon Mitte November die ersten mit Christbäumen versehenen Reklamen. Die letzte Weihnacht sah ich schon anfangs November in solcher Weise eingeleitet. Es erfüllt mich mit tiefer Besorgnis, wenn ich mir überlege, wie das weitergehen soll, was etwa geschieht, wenn Osterpropaganda und Weihnachtswerbung sich einmal überschneiden. Damit ist auf ein Problem hingewiesen, das schon längst jeden vernünftig denkenden Bürger beunruhigt: Der Umstand nämlich, daß wir, einem alten Zopf nachhängend, noch immer den längst veralteten Jahreskalender als bindend für unser Jahresprogramm halten. Das ist einfach lächerlich; weiß man doch nachgerade gut genug, daß dieser Kalender ohne jede kaufmännischen Ueberlegungen geschaffen wurde. Ostern und Weihnacht – nun, die liegen an sich nicht ungünstig. Aber was man mit dem Konfirmationstermin und dem Muttertag gemacht hat, das spricht nun wirklich jeder werbetechnischen Ueberlegung Hohn. Eine vernünftige Werbung für den Muttertag ist überhaupt nicht möglich, weil sie sich mit jener für Ostern überschneidet, und die Propaganda für das Konfirmationsgeschenk deckt sich zeitlich überhaupt mit dem vorösterlichen Werbeprogramm! Und das nimmt man einfach hin. Um endlich Ordnung und Zeit für

vernünftige Werbung zu schaffen sollte man sich endlich entschließen, den Kalender auch wirklich unseren Bedürfnissen anzupassen. Diese Korrektur ist einfach genug: Ostern und Weihnacht bleiben, wo sie waren, wenigstens bis auf weiteres. Der Muttertag aber wird auf Ende Juni, die Konfirmation auf Ende September verschoben. Damit werden alle Ueberschneidungen vermieden. Kalendarisch-gesetzlicher Beginn der Weihnachtswerbung und somit das Auftauchen erster Christbäume in den Auslagen fiele somit auf den 1. Oktober (was wahrhaftig nicht zu früh ist). Am 1. Januar setzt sodann die Propaganda für Osterhasen und -Eier, Rasenspiele, Sandhaufenutensilien und Trottnetts ein. Ostern gibt den Werbe-Startschuß für den nunmehr erst auf Ende Juni fallenden Muttertag, und die Konfirmation erst Ende September ermöglicht es, während gut dreier Monate vorher dieses Ereignis werbetechnisch bestmöglich auszuschlachten.

Bruno Knobel

Seit 1860

VELTLINER

Kindschi



Kindschi Söhne AG., Davos